



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 30.06.2008

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Ogertschnig

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Dr.Compter
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Herr Stadtrat Prof. Dr.Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Herr Ortsvorsteher Krause
Frau Ludwig, Ordnungsamt
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Dobler, Baubetriebsamt

Sonstige:

Frau Stadträtin Vollmer
Frau Stadträtin Kübler

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Ersatzbeschaffung eines LKW-Ladekran-Kippers für die Straßenunterhaltung bestehend aus einem Trägerfahrzeug und einem Ladekran	106/2008
2.	Neugestaltung Vorplatz Ulmer Tor - Vorstellung Entwurf	111/2008
3.	Bahnhof Biberach - Fahrgastinformationssystem	113/2008
4.	Stadtfriedhof und alte konfessionelle Friedhöfe - Vergabe der gärtnerischen Arbeiten	110/2008
5.	Ausbau der Wolfgangstraße	122/2008
6.	Bekanntgaben	
7.	Verschiedenes	
7.1.	Verschiedenes: Kunstwerk für den Kreisverkehr Rollinstraße/Mühlweg	
7.2.	Verschiedenes: Parkplatz Neherstraße	
7.3.	Verschiedenes: Sanierung Tiefgarage Stadthalle/Belagsanierung Kolpingstraße	
7.4.	Verschiedenes: Kreuzung Reißbrücke/Reißstraße	
7.5.	Verschiedenes: Kinderspielplatz Steigstraße	
7.6.	Verschiedenes: Aufkiesung der Wege im Burrenwald	
7.7.	Verschiedenes: Fahrverkehr im Fußgängerbereich Bürgerturmstraße/Hindenburgstraße	
7.8.	Verschiedenes: Radverkehr auf dem Zebrastreifen u. A. am Zeppelinring und der Kolpingstraße	
7.9.	Verschiedenes: Zustand des Alten Schulhauses/Rathauses in Bergerhausen	

Die Mitglieder wurden am 24.06.2008 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 27.06.2008 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 106/2008 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch befürwortet die Ersatzbeschaffung vom Grundsatz her, erkundigt sich jedoch, weshalb das erst 12jährige Nutzfahrzeug schon jetzt so anfällig ist. Er gehe davon aus, dass die Alternativfahrzeuge die im Vergabevorschlag genannten Vorteile des Ladekrans der Firma Welte nicht bieten. Gewundert habe ihn, dass für das Trägerfahrzeug 3 Angebote, für den Ladekran dagegen nur 2 Angebote abgegeben wurden. Vor diesem Hintergrund interessiert ihn, ob eine direkte Beteiligung der einzelnen Firmen oder aber eine öffentliche Ausschreibung erfolgt sei.

StR Nuding erkundigt sich zu den auf Seite 1 der Beschlussvorlage aufgeführten Reparaturkosten, ob diese maßgeblich durch das Trägerfahrzeug oder durch den Ladekran verursacht werden und ob weitere Kostensteigerungen zu erwarten sind. Er bittet nochmals darzustellen, weshalb der teurere Ladekran der Firma Welte favorisiert wird und erkundigt sich, weshalb die Firma Meiler dieses Mal kein Angebot für einen Ladekran vorgelegt habe. Die genannten positiven Erfahrungen mit dem Reparaturservice der Firma Welte bittet er näher zu erläutern.

StR Compter bittet zu begründen, weshalb die Ersatzbeschaffung zum jetzigen Zeitpunkt erfolgen soll. Die zuletzt angefallenen Reparaturkosten in Höhe von 13.000 € entsprächen weniger als 10% des Neubeschaffungswertes – als Privatperson würde man in diesem Fall eine Neubeschaffung nicht in Betracht ziehen.

StR Weber sieht dies ähnlich. Der Einsatz des Nutzfahrzeugs sei erst jetzt wirtschaftlich möglich. Auch müsse das Fahrzeug nach der durchgeführten, größeren Reparatur wieder auf Vordermann sein. Er erkundigt sich nach dem Restwert des Fahrzeuges und ob dieser in der Vorlage bereits berücksichtigt sei.

Auch StR Braig ist der Ansicht, dass das Fahrzeug noch länger eingesetzt werden kann und interessiert sich ebenfalls für dessen Restwert.

Herr Merkle erklärt, bei Reparaturkosten in Höhe von 10% des Wiederbeschaffungswertes sei eine Neubeschaffung an sich noch nicht erforderlich. Philosophie des Baubetriebsamtes sei es jedoch nicht, Nutzfahrzeuge so lange einzusetzen, bis immense Reparaturkosten anfallen. Der Ladekran werde intensiv genutzt, was einen entsprechend starken Verschleiß zur Folge habe. Zwar könne das Trägerfahrzeug noch einige Jahre eingesetzt werden, allerdings erziele das gebrauchte Fahrzeug derzeit auch noch einen angemessenen Preis, weshalb sich die Neuanschaffung rechne. Er beziffert den Restwert des Trägerfahrzeuges inklusive Ladekran auf ca. 20.000 €. Die in der Vorlage genannten Vorteile des Ladekrans der Firma Welte biete die Konkurrenz nicht – diese seien dem Baubetriebsamt jedoch wichtig. Unter Anderem habe man mit der in Ulm ansässigen Reparaturwerkstatt positive Erfahrungen gemacht – diese agiere kurzfristig und kompetent.

Er fährt fort, man habe nur eine beschränkte Ausschreibung mit den ortsansässigen Firmen Daimler, MAN und Prem durchgeführt. Denn wichtiger als der reine Anschaffungspreis sei dem Baubetriebsamt der Service, den ein Anbieter mit Niederlassung in Ravensburg nicht bieten könne. Auch seien die Fahrzeuge für die Zwecke des Baubetriebsamtes sehr gut geeignet. Ein Angebot der Firma Meiler liege deshalb nicht vor, weil diese die Produktion von Ladekränen zwischenzeitlich eingestellt habe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss bei 3 Enthaltungen mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Auftragserteilung an die Firma Daimler AG Mercedes Benz, Niederlassung Neu-Ulm, für die Beschaffung des Trägerfahrzeuges zum Preis von 108.754,10 € wird zugestimmt.

2. Der Auftragserteilung an die Firma August Welte GmbH, Neu-Ulm, für die Beschaffung des Ladekrans zum Preis von 47.049,27 € wird zugestimmt.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 111/2008 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig schickt voraus, die Maßnahme solle bis Ende Oktober realisiert werden, so dass die Kreissparkassen Immo das geplante Kunstwerk auf dem umgestalteten Platz errichten könne. Ziel sei es, eine einheitlich gestaltete Fläche zu schaffen, wobei die bisherige Verkehrsführung erhalten bleibe. Die 3 Fahrbahnen würden in Längsrichtung mit entsprechenden Nägeln markiert, die Haltelinie mit hellerem Granit abgesetzt. Vorgesehen sei eine Gehwegbreite von 4,50 m, die bisherige Treppe an der AOK werde entfallen. Schwierig sei die gestalterische Anbindung an das bestehende AOK-Gebäude. Hierfür schlage der Planer einen Pflanztrog vor der AOK-Fassade vor, um Eingriffe in die Fassade zu vermeiden. Er lobt diesen Vorschlag als gute und auch günstige Lösung, die den Verkehrsraum zudem optisch verenge.

StR Kolesch hält die derzeitige Stadteingangssituation in diesem Bereich nicht für optimal. Auf der einen Seite habe man Neubauten mit ansprechender Außengestaltung, andererseits jedoch auch Gebäude wie die AOK mit dunklen Fußgängerarkaden. Gleichzeitig handle es sich u. A. beim Ärztehaus und dem Parkhaus um besucherintensive Einrichtungen, weshalb eine Neugestaltung des Bereiches durchaus gerechtfertigt sei. Dem gegenüber stünde jedoch die stolze Summe von 140.000 € für die Neugestaltung. Die CDU-Fraktion habe deshalb bisher für eine günstigere Lösung plädiert – befürworte die nun dargestellte Variante jedoch. Dabei müsse allerdings eine entsprechende Funktionalität gewährleistet sein. Er erkundigt sich deshalb, ob bei der geplanten Fahrbahnverengung die Befahrbarkeit auch für LKW weiterhin sichergestellt ist und bittet um nähere Informationen zur geänderten Einmündung auf den Zeppelinring. Er gehe davon aus, dass der Ausgleich des Höhenunterschieds stimmig ausgeführt wird, erkundigt sich nach der Lage der geplanten Stahlfuge und möchte wissen, ob das beschichtete Metall des Pflanztrogs dem auf der gegenüberliegenden Straßenseite verwendeten Material entspricht. Er weist auf den Stellenwert der Fußgängerverbindung in diesem Bereich hin und hofft deshalb, dass sich die geplante Vollsperrung lediglich auf den Fahrzeugverkehr bezieht. Um die diesbezügliche Beeinträchtigung durch die Baumaßnahme möglichst gering zu halten schlägt er vor, die Neugestaltung bereits in der Sommerpause (zwischen August und September) vorzunehmen. Dies könne durch eine Vergabe der Arbeiten im Umlaufverfahren ermöglicht werden.

BM Ogertschnig legt dar, der Einmündungsbereich zum Zeppelinring werde leicht verändert, wodurch sich der Radius vergrößere und ein zügigeres Abbiegen ermöglicht werde. Bei der Stahlfuge handle es sich um die Belagsabtrennung zwischen der Natursteinfassade der AOK und dem neuen Straßenbelag. Sie verlaufe somit nicht – wie von StR Kolesch befürchtet – quer über den Fußgängerweg. Der geplante Stahltrog passe sich optisch an. Notwendige Arbeiten der e.wa riss würden im Vorgriff auf die Maßnahme erfolgen. Für Fußgänger werde der Bereich auch während der Baumaßnahme passierbar sein.

Herr Rechmann verweist auf die anstehenden Handwerkerferien, hält es aufgrund der bereits weit gediehenen Ausschreibung jedoch für möglich, die Maßnahme wie gewünscht vorzuziehen.

BM Ogertschnig begrüßt den Vorschlag und die Vergabe im Umlaufverfahren. Die Bauausschussmitglieder bzw. deren Stellvertreter müssten in diesem Fall jedoch auch erreichbar sein.

StRin Buttschardt begrüßt die Neugestaltung im Namen der SPD-Fraktion und freut sich über die Verbesserung der Eingangssituation in die Innenstadt. Sie erkundigt sich nach der Bepflanzung des Troges und erklärt, es gelte zu vermeiden, dass dieser später lediglich als Aschenbecher verwendet wird. Angesichts des leichten Gefälles im Bereich des Fußgängerweges sei ein absolut rutschfester Belag unabdingbar, der auch für ältere und behinderte Menschen die notwendige Sicherheit bietet. Sie erkundigt sich, ob der Grüne Pfeil erhalten

bleibt, was von BM Ogertschnig bestätigt wird, hinterfragt die Funktionalität des Baumstandorts und bittet die Verwaltung, für eine geringstmögliche Beeinträchtigung während der Baumaßnahme Sorge zu tragen. Hierzu könne den Fußgängern nach Absprache mit der AOK evtl. der Weg auf der gegenüberliegenden Seite des AOK-Gebäudes während der Baumaßnahme zur Verfügung gestellt werden.

BM Ogertschnig erklärt, der Pflanztrog werde vor der Fassade stehen – die Bepflanzung dadurch genügend Regenwasser erhalten. Die Gefahr einer sachfremden Nutzung als Abfallkübel bestehe dabei wie bei jedem anderen Pflanztrog auch. Er erklärt weiter, der Baumstandort sei der einzig mögliche – eine Ausfahrt aus der Zwingergasse, auch für LKW, bleibe dabei weiterhin gewährleistet. Er betont, dass der Fußweg an der AOK bereits zum jetzigen Zeitpunkt der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und sieht bei einer Steigung von maximal 2% am Ulmer Tor keine Sicherheitsprobleme für ältere und behinderte Menschen.

StR Compter sieht den Vorplatz Ulmer Tor als Visitenkarte der Stadt, weshalb es wichtig sei, die Sanierungsmaßnahme in diesem Bereich abzuschließen. Er stimmt den Beschlussanträgen daher zu, hätte sich jedoch zur besseren Orientierung eine Skizze gewünscht. Er bittet die Notwendigkeit von 3 Fahrspuren am Ulmer Tor nochmals zu hinterfragen und verweist auf die Unfallgefahr durch die beiden Geradeausspuren. Den bestehenden Grünen Pfeil bittet er beizubehalten und regt an, über einen kürzeren Zyklus für Fußgänger an der Ampel zum Parkhaus nachzudenken.

BM Ogertschnig erklärt, bei der gegebenen Verkehrsmenge seien die 3 Fahrspuren in der derzeitigen Form nötig um ein Sortieren auf die beiden Fahrspuren in Richtung Post bzw. Eselsberg zu ermöglichen. Dies habe auch die mit dem Ordnungsamt durchgeführte Verkehrsschau ergeben. Er weist zudem darauf hin, dass die Markierungsnägel der einzelnen Fahrspuren nur aufgeklebt und die Verkehrsführung damit jederzeit änderbar sei. Bezüglich der Ampelschaltung werde Herr Rechmann in Kürze berichten – nach Ansicht der Verwaltung sei diese verkehrsoptimiert.

StRin Brunner erkundigt sich, in wie weit die Passage an der AOK im Anschluss an die Umgestaltung überhaupt noch benötigt wird und verweist auf die Urinspuren und den Geruch in diesem Bereich. Sie bittet zudem ebenfalls darum, die Ampelschaltung hinsichtlich der Situation für die Fußgänger zu überdenken.

StR Braig verweist auf den Rückstau aus der Ulmer-Tor-Straße bis zum Alten Postplatz bzw. die Pfluggasse zu Spitzenzeiten und schlägt vor, die rechte Spur als reine Rechtsabbiegespur vorzusehen. Dies könne in Verbindung mit dem bestehenden Grünen Pfeil zu einer Entlastung führen. Er bittet das Ordnungsamt darum, diese Variante und auch die Ampelschaltung an dieser Stelle zu überprüfen.

StR Kolesch kann sich als Alternative zur bisherigen Situation eine Kombination der 2. Geradeausspur mit der derzeitigen Linksabbiegespur vorstellen.

StR Zügel entgegnet, dies werde wegen den LKWs nicht funktionieren.

BM Ogertschnig betont nochmals, dass die Gestaltung variabel sei und schlägt vor, die konkrete Verkehrsführung nach Rücksprache mit dem Ordnungsamt im Herbst erneut zu diskutieren.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Entwurf für die geplante Neugestaltung Vorplatz Ulmer Tor wird zugestimmt.**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Maßnahme in die Wege zu leiten.

Die Maßnahme wird nach Möglichkeit im Umlaufverfahren vergeben und noch in der Sommerpause realisiert. Die verkehrliche Ausgestaltung wird nochmals im September/Okttober zur Diskussion in das Gremium eingebracht.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 113/2008 sowie Anträge der SPD- und der Grünen-Fraktion zur Vorberatung vor.

BM Ogertschnig schickt voraus, die dargestellten Anschaffungskosten von 150.000 € seien noch relativ niedrig gegriffen. Entsprechend einem Angebot der AEG könnten sich diese auf bis zu 200.000 € belaufen.

StR Kolesch stellt klar, dass das Informationssystem wegen des Komforts für Reisende von allen Fraktionen gewünscht werde – eine Finanzierung auf Kosten des Steuerzahlers sei jedoch undenkbar. Er betont, dass die gesamte Sanierung des Bahnhofs von Bund, Land und der Stadt getragen werde und sich die Bahn mit keinem Cent beteilige. Die Information der Fahrgäste sei ureigenste Aufgabe der Bahn. Zudem hätte die Stadt nicht nur die Anschaffungs- sondern auch die Unterhaltungskosten zu tragen, welche dann von der Bahn in Rechnung gestellt würden ohne dass die Stadt einen Einfluss auf deren Höhe habe. Er merkt an, dass die Bahn der Stadt sogar die Kosten für Fahrscheinautomaten auferlegen wollte. Zu den Anträgen der SPD- und Grünen-Fraktion erklärt er, ein nochmaliges Verhandeln bezüglich der Betriebskosten werde mitgetragen – einen Erfolg verspreche man sich hiervon jedoch nicht. Er verweist auf den Vorschlag von StR Abele, alternativ ein vandalismussicheres Internetterminal aufzustellen, das den Zugriff auf das RIS-System erlaube. Damit stünden den Reisenden die Reiseinformationen jeweils eine Stunde vor Abfahrt zur Verfügung.

BM Ogertschnig stellt klar, die Bahn habe eine Übernahme der Betriebskosten aus Gründen der Gleichbehandlung gegenüber anderen Bahnhöfen klar und endgültig abgelehnt. Er betont, dass nicht einmal die kostengünstige Lösung – die Low Cost Anzeiger toleriert würden und auch die Möglichkeit der Erstellung eines Terminals auf dem Bahnhofsgelände mit der Bahn abzustimmen sei. Unabhängig davon werde die Verwaltung versuchen, zumindest Leerrohre zu verlegen, falls sich die Kategorien später ändern sollten. Er betont, dass sich schon allein die diesbezügliche Diskussion mit der Bahn schwierig gestalte.

StR Keil sieht den Bahnhof und dessen Betrieb als wichtige Zukunftsinvestition für Biberach – die Nutzung dieses Verkehrsmittels nehme stetig zu. Das Informationssystem sei dabei keine Frage des Komforts, sondern eine Notwendigkeit für den funktionalen Betrieb des Bahnhofs. Er stellt klar, dass die Kategorisierung der Bahnhöfe eine politische Vorgabe des Verkehrsministeriums sei, auf die die Bahn keinen Einfluss habe. Zum Antrag der Grünen-Fraktion erklärt er weiter, laut Bahngesetz handle es sich bei dem Informationssystem um keine sicherheitsrelevante Einrichtung. Es sei ein Versäumnis der Politik, dass diese Vorschrift noch nicht geändert wurde. Er merkt an, dass viele Firmen Fahrgastinformationssysteme in unterschiedlichsten Formen anbieten und erkundigt sich, ob die Stadt eine Ausschreibung inklusive der Low-Cost-Variante vornehmen und sich anschließend entscheiden könne. Ihn interessiert, ob das Leasen eines Informationssystems möglich ist und ob beim Wegfall des Fahrdienstleiters ein Informationssystem Pflicht werde. Er schlägt vor, einen Vertreter der Regionalen Netz DB ins Gremium einzuladen, um über die technische Entwicklung der Bahn sowie die künftige personelle Besetzung des Biberacher Bahnhofs zu berichten. Dies könne auch zu einer Verbesserung des derzeit angeschlagenen Verhältnisses zur Bahn beitragen. Den Beschlussantrag der Verwaltung lehne die SPD-Fraktion ab.

BM Ogertschnig weist auf die zahlreichen mit der Bahn geführten Gespräche hin und stellt klar, dass auch der Besuch eines Vertreters der Bahn nichts an dem Verhandlungsergebnis ändern werde. Ausschreibungen seien durch die Bahn vorzunehmen – der Stadt obliege diese Möglichkeit nicht. Auch sei eine solche nutzlos, wenn die Bahn die gewählte Variante dann ablehne.

StR Compter sieht keinen Sinn darin, einen Vertreter der Bahn einzuladen und ist sich sicher, dass weitere Verhandlungen zu keinem andere Ergebnis führen werden. Er ist der Ansicht, dass sich die Anträge 1 und 2 der Grünen-Fraktion widersprechen und stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu. Das Fahrgastinformationssystem sei zwar wünschenswert, hierbei handle es sich jedoch um keine elementare Aufgabe der Stadt. Bei Kosten von ca. 500.000 € in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren werde das System daher abgelehnt. Die Verwaltung bittet er jedoch, den CDU-Vorschlag eines Internetterminals zu prüfen.

StR Weber erklärt, zum Verhalten der Bahn gebe es nichts hinzuzufügen. Der Slogan „Die Bahn hat Zukunft“ klinge lächerlich, wenn notwendige Informationen insbesondere für behinderte Personen nicht zur Verfügung gestellt würden.

Die Grünen-Fraktion erkläre sich trotz der hohen Kosten bereit, die Anschaffung des Informationssystems zu übernehmen – der Unterhalt sei jedoch von der Bahn zu tragen. Hierbei spreche das Gleichbehandlungsgesetz für die Ansicht der Stadt. Er schlägt vor, die Europa-Abgeordnete in dieser Sache zu beteiligen.

StR Braig betont, das Informationssystem sei insbesondere auch aus Gründen der Barrierefreiheit absolut wünschenswert. Die Kosten hierfür habe jedoch die Bahn zu tragen. Er bittet zu prüfen, ob sich durch die Teilprivatisierung neue Spielräume ergeben und mögliche Alternativen abzuklopfen. Ein Muss sei die Verlegung der Leerrohre. Dem Verwaltungsvorschlag stimme die FDP-Fraktion zu.

StR Nuding schlägt vor, einen Antrag auf Höherstufung der Stadt Biberach in den Kategorien zu stellen.

BM Ogertschnig erklärt, die Kategorie richte sich nach der Zahl der Fahrgäste, den Umsteigebeziehungen etc.. Er erklärt sich bereit, nochmals ein Telefonat mit der Bahn zu führen – auch wenn das Verhandlungsergebnis feststehe. Den Vorschlag von StR Abele werde man prüfen.

Herr Rechmann stellt ergänzend fest, die Bahn lehne das SMS-System ab, da dieses einen Gleiswechsel nicht anzeige.

Ohne weitere Aussprache werden die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion jeweils bei 5 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat bei 5 Gegenstimmen mehrheitlich, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 110/2008 zur Beschlussfassung vor.

StRin Buttschardt begrüßt die erneute Vergabe der gärtnerischen Arbeiten auf den konfessionellen Friedhöfen an die Firma Baumann und betont, diese befänden sich seither in einem sehr guten Zustand. Schade sei jedoch, dass die Firma GaLaBau im Mond beim Stadtfriedhof nicht mehr zum Zuge komme. Sie verweist auf deren soziales Engagement, stellt jedoch fest, dass es kaum möglich sei aus sozialen Gründen einen teureren Anbieter zu wählen.

StR Braig erkundigt sich, weshalb die Firma GaLaBau im Mond kein günstigeres Angebot vorlegen könne, obwohl diese doch weniger Mehrwertsteuer zu entrichten habe.

BM Ogertschnig erklärt, die Hintergründe seien ihm nicht bekannt. Die Berücksichtigung eines teureren Anbieters aus sozialen Gründen sei nicht möglich.

Auch StR Weber bedauert, dass die Firma GaLaBau im Mond künftig nicht mehr den Stadtfriedhof pflegen wird.

StR Compter weist darauf hin, dass es im Beschlussantrag beim Vergabepreis für den Stadtfriedhof 36.200,99 € heißen müsse.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss bei 1 Enthaltung mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Die gärtnerischen Arbeiten auf dem Stadtfriedhof und den konfessionellen Friedhöfen werden an die Firma Baumann zum Angebotspreis in Höhe von 66.346,07 € für den Stadtfriedhof und 36.200,99 € für die alten konfessionellen Friedhöfe vergeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 122/2008 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig schickt voraus, einzige Deckungsmöglichkeit der Maßnahme seien die Mittel für die Neugestaltung der Hindenburgstraße. Alternativ könne einzig eine Gegenfinanzierung aus den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer erfolgen. Er betont jedoch, dass die Freiraumplanung der Hindenburgstraße krankheitsbedingt ohnehin nicht vorangebracht werden könne und die Realisierung der Neugestaltung Hindenburgstraße daher im Jahr 2008 nicht mehr leistbar sei.

StR Kolesch erklärt, den Ausbau der Wolfgangstraße noch in 2008 habe die CDU-Fraktion beantragt. Diese habe sich bereits vor den durchgeführten Leitungsarbeiten in einem beklagenswerten Zustand befunden. Sofern die Neugestaltung der Hindenburgstraße doch noch in 2008 durchgeführt werden könne, bittet er jedoch darum, andere Haushaltsmittel für den Ausbau der Wolfgangstraße heranzuziehen. Er weist auf den ebenfalls schlechten Zustand der Alpenstraße nach Leitungsarbeiten hin und bittet nochmals dringend darum, Sanierungsmaßnahmen mit der e.wa riss detailliert abzustimmen. Im Übrigen werde die Vorlage befürwortet.

BM Ogertschnig erklärt, mit den Leitungsträgern würden jährlich Abstimmungsgespräche geführt. Bei Rohrbrüchen müsse die e.wa riss jedoch umgehend handeln. Eine Sanierung der Alpenstraße sei im Jahr 2008 nicht mehr möglich – für das Folgejahr habe Herr Rechmann bereits entsprechende Haushaltsmittel angemeldet. Es bleibe zu hoffen, dass diese im Rahmen der Haushaltsberatung nicht gestrichen werden.

StR Kolesch verweist auf den diesbezüglich gefassten Gemeinderatsbeschluss, womit verwaltungsintern kein Spielraum zur Kürzung der Mittel bestehe.

StR Keil befürwortet die Vorlage und erkundigt sich, welcher Abschnitt der Hindenburgstraße konkret umgestaltet werden soll.

BM Ogertschnig erklärt, es handle sich hierbei um den Bereich zwischen der Karpfengasse und der Schulstraße. Auf Anfrage von StR Zügel zum genauen Realisierungszeitraum der Hindenburgstraße nennt er das Jahr 2009.

StR Braig plädiert dafür, der e.wa riss die Liste der Straßensanierungen zur Verfügung zu stellen. In der Alpenstraße habe es keinen Rohrbruch gegeben – die Maßnahme wäre daher planbar gewesen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Planung und dem Ausbau in Teilbauabschnitten mit zeitnaher Veröffentlichung der Ausschreibung und Ausführung in 2008 wird zugestimmt.**
- 2. Bei der HSt. 7.6000.943800.2/160 – Neugestaltung Hindenburgstraße – werden 90.000 € zur Bewirtschaftung gesperrt.**
- 3. Für den geplanten Ausbau der Wolfgangstraße werden im Vermögenshaushalt 2008 90.000,00 € außerplanmäßig zur Verfügung bereitgestellt.**

TOP 7.1 Verschiedenes: Kunstwerk für den Kreisverkehr Rollinstraße/Mühlweg

BM Ogertschnig informiert das Gremium über das Anliegen der Baugenossenschaft, zu deren Jubiläum ein Kunstwerk des Künstlers Klaus Prior zu stiften. Es handle sich hierbei um eine ca. 6 m hohe Holzkonstruktion zweier Figuren in Schwarz und Weiß. Als Standort werde der Kreisverkehr Rollinstraße/Mühlweg favorisiert.

StR Herzhauser erkundigt sich, ob Schadensersatzforderungen im Fall einer notwendigen, späteren Entfernung des Kunstwerks entstehen können.

BM Ogertschnig betont, im Fall einer späteren Entfernung werde die Stadt nicht widersprechen.

StR Kolesch und StR Keil sehen ein Werk dieses großen Künstlers als Gewinn für die Stadt und danken der Baugenossenschaft.

StR Keil weist zudem auf die diesbezügliche Zuständigkeit des Baudezernats hin, nachdem es sich um die Gestaltung von Verkehrsgrün handle. Er bittet um einen entsprechenden Hinweis an das Kulturamt.

BM Ogertschnig nimmt die Wortmeldungen als Zustimmung zur Kenntnis.

TOP 7.2 Verschiedenes: Parkplatz Neherstraße

BM Ogertschnig weist darauf hin, dass der Parkplatz an der Neherstraße nicht bis zum Schützenfest fertig gestellt werden kann. Die Fundamentierung des abgebrochenen Gebäudes bereite Probleme und müsse separat zerkleinert werden.

TOP 7.3 Verschiedenes: Sanierung Tiefgarage Stadthalle/Belagsanierung Kolpingstraße

BM Ogertschnig erklärt, die Straßenbauverwaltung habe auf notwendige Ausbesserungsarbeiten an einem Widerlager im Bereich der Kolpingstraße/Tiefgarage hingewiesen. Eine erneute Baustelle in diesem Bereich im kommenden Jahr könne nur vermieden werden, wenn die Stadt die Maßnahme mit Kosten in Höhe von 150.000 € vorfinanziere.

StR Zügel und StR Kolesch sprechen sich für die Vorfinanzierung aus.

BM Ogertschnig erklärt, eine entsprechende Tischvorlage werde dem Gemeinderat kommende Woche zur Beschlussfassung vorgelegt.

Auf Anfrage von StR Nuding nach dem Umfang der Maßnahme betont Herr Rechmann, die notwendige Sanierung betreffe das gesamte Widerlager.

TOP 7.4 Verschiedenes: Kreuzung Rißbrücke/Rißstraße

StR Pfender bittet darum, den Busch im Kreuzungsbereich der Rißbrücke/Rißstraße zurückzuschneiden. Dieser behindere die Sicht und gefährde hierdurch insbesondere Radfahrer.

BM Ogertschnig sagt dies zu.

TOP 7.5 Verschiedenes: Kinderspielplatz Steigstraße

StR Keil erkundigt sich, wann die abgebauten Spielgeräte des Spielplatzes Steigstraße wieder aufgestellt werden.

Herr Kuhlmann erklärt, der Austausch der Geräte verzögere sich krankheitsbedingt etwas.

TOP 7.6 Verschiedenes: Aufkiesung der Wege im Burrenwald

StR Keil weist darauf hin, das für die Neukiesung der Wege im Burrenwald verwendete Material sei derart scharfkantig, dass es Fahrradreifen zerstört und beim Sturz einer Polizistin zu entsprechenden Verletzungen geführt habe. Zwei Wochen habe es gedauert, bis die Wege mit dem Rad wieder passierbar waren. Er bittet daher darum, künftig nach dem Aufkiesen z. B. durch den Einsatz einer Walze für Besserung zu sorgen und dies bei den derzeitigen Arbeiten im Bereich der Burrenwirtschaft entsprechend zu beachten.

TOP 7.7 Verschiedenes: Fahrverkehr im Fußgängerbereich Bürgerturmstraße/Hindenburgstraße

StR Herzhauser gibt die Klagen verschiedener Bürger zur Kenntnis, wonach immer mehr unberechtigte Fahrzeuge die Fußgängerzone in der Bürgerturmstraße, der Hindenburgstraße und am Marktplatz passieren und zum Teil dort auch parken. Hiergegen bittet er vermehrt einzuschreiten.

TOP 7.8 Verschiedenes: Radverkehr auf dem Zebrastreifen u. A. am Zeppelinring und der Kolpingstraße

StR Herzhauser weist nochmals auf die Unfallgefahr durch Radfahrer hin, die die Straßenverkehrsordnung missachten und Zebrastreifen ohne abzusteigen queren. Dabei handle es sich insbesondere um Schüler, weshalb er darum bittet, seitens der Verwaltung oder über die Schule auf die Schüler einzuwirken. Das Unrecht ihres Handelns sei den meisten bewusst.

BM Ogertschnig erklärt, ein Hinweis über die Schule sei denkbar – weitere Möglichkeit sei der vermehrte Einsatz des Ordnungsdienstes an den Zebrastreifen. Das Verhalten vieler Autofahrer, die die Radfahrer regelmäßig durchwinken, sei jedoch nicht gerade hilfreich.

TOP 7.9 Verschiedenes: Zustand des Alten Schulhauses/Rathauses in Bergerhausen

StR Nuding weist im Auftrag eines Bürgers auf den beklagenswerten Zustand des alten Schulhauses/Rathauses in Bergerhausen hin und erklärt, hier sei eine Werterhaltung durch entsprechende Sanierung bzw. das Streichen des Gebäudes dringend erforderlich.

BM Ogertschnig erklärt, die Sanierung des Gebäudes sei in der Prioritätenliste des Eigenbetriebes Wohnungswirtschaft enthalten.

Bauausschuss, 30.06.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	BM Ogertschnig
Stadträtin:	Buttschardt
Stadtrat:	Hagel
Schriftführerin:	Markieton
Gesehen:	OB Fettback
Gesehen:	EBM Wersch